Aktuelles aus dem Abgeordnetenhaus Nr. 5, Mai 2007

Uwe Doering, MdA
Parlamentarischer Geschäftsführer,
Linksfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin
fon: 030 23 25 -25 09 fax: -25 15
doering@linksfraktion-berlin.de

1. Schwerer Eklat im Abgeordnetenhaus (s. 1)
2. Erholungsgebiet Müggelheim (s. 1 bis 2)
3. Humboldt-Forum oder Schloss? (s. 2)
4. Rot-Rot für gesetzliche Mindestlöhne (s. 2)
5. Uwe Doering persönlich - Sprechstunden (s. 2)

Schwerer Eklat im Abgeordnetenhaus

Bei der Wahl zum Landesverfassungsgericht scheitert die Kandidatin der Linksfraktion an der 2/3-Mehrheit. Die Oppositionsfraktionen verweigerten troz vorheriger Absprachen die Zustimmung.

Als „Rückfall in die 90er Jahre“ bezeichnete es die Vorsitzende der Linksfraktion Carola Bluhm, die „größte Sauerei, die in den letzen Jahren in diesem Parlament passiert ist“, nannte es Michael Müller, ihr Kollege der SPD-Fraktion, und auch die Presse titelte „Jamaika – mal richtig hässlich“. Die Rede ist von den Geschehnissen am Abend des 26. April, als die Nichtwahl von Evelyn Kenzler zur Verfassungsrichterin einen schweren Eklat im Berliner Abgeordneten-haus auslöste.

Zum Hintergrund: Die Opposition aus CDU, FDP und Grünen verweigerte der von der Linkspartei.PDS eingebrachten Anwärterin auf das Richteramt am Berliner Verfassungsgericht, dem höchsten Gericht Berlins, völlig überraschend die zuvor ausgemachte Zustimmung. Bei der geheimen Wahl fehlten der Rechtsanwältin Evelyn Kenzler 5 Stimmen für die nötige Zweidrittel-Mehrheit im Parlament. Die vier Kandidaten der anderen Fraktionen wurden indes wie vereinbart gewählt. So ist es nämlich Usus, dass die Fraktionen sich vor der Abstimmung im Parlament mit den gegenseitigen Vorschlägen vertraut machen, Strittiges klären und ihre Zustimmung oder Ablehnung signalisieren. Dadurch soll die Institution des Verfassungsgerichtshofes nicht blamiert werden. Auch Frau Kenzler stellte sich rechtzeitig bei den anderen Fraktionen vor. Es gab weder kritische Anfragen noch Zweifel an ihrer Person, so dass für ihre Wahl von allen Fraktionsvorsitzenden grünes Licht signalisiert wurde. Die Abstimmung selbst verlief jedoch anders. So votierten viele Abgeordnete der Opposition gegen die Friedrichshainerin. Nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses beantragte die Linksfraktion die Unterbrechung der Abgeordnetenhaussitzung und die sofortige Einberufung des Ältestenrates. In der Ältestenratssitzung versicherten die Fraktionsvorsitzenden von CDU, FDP und Grünen, dass sie ihren Fraktionen empfohlen hätten, die Kandidatin der Linksfraktion zu wählen. Angesichts der Tatsache, dass Evelyn Kenzler bei der Wahl über 50 Stimmen weniger erhielt als ihre MitbewerberInnen, stellte ich in der Ältestenrassitzung fest, dass entweder die Fraktionsvorsitzenden ihre Fraktionen nicht „im Griff“ haben oder nicht die Wahrheit sagen. Auf meine Frage, was die Gründe dafür waren, dass die Opposition unsere Kandidatin nicht mittragen konnte, gab es keine Antwort.

Dieser Vorgang ist insofern bemerkenswert, weil dann einen Tag später die Opposition über die Medien mitteilte, man hätte erst wenige Momente vor der Abstimmung herausgefunden, dass Evelyn Kenzler Ende 1998 als Bundestagsabgeordnete der PDS eine Amnestie und Haftentschädigungen für DDR-Funktionäre vorgeschlagen hatte. Eine Idee, die damals vom PDS-Bundesvorstand kritisiert wurde und von Kenzler seitdem nicht mehr publizistisch vertreten wird. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Pflüger fühlte sich „getäuscht“, während sein FDP-Kollege Lindner der Linkspartei.PDS vorwarf, mit „verdeckten Karten“ gespielt zu haben. Die Kandidatin der Linksfraktion war auch den Oppositionsfraktionen seit Monaten bekannt. Es wäre ein Leichtes gewesen, sich in dieser Zeit über unsere Kandidatin zu informieren. Auch im Internet kann in kürzester Zeit recherchiert werden. Dies wurde von der Opposition schlicht und ergreifend versäumt, woraufhin man fadenscheinig von einer „Bringschuld“ der Linksfraktion sprach.

Damit hat es die Opposition aus CDU, FDP und Grünen nicht nur geschafft, das Abgeordnetenhaus und den Verfassungsgerichtshof zu beschädigen, sondern sie hat sich auch selbst diskreditiert. Das nachträglich an den Haaren herbeigezogene Argument führt letztendlich dazu, dass das neue Verfassungsgericht bis auf Weiteres seine Arbeit nicht aufnehmen kann und es der Linksfraktion schwerfallen wird, um neue Kandidaturen zu werben, da eine Beschädigung der kandidierenden Personen nicht ausgeschlossen werden kann. Am Ende steht die Erkenntnis, dass auf Zusagen der Fraktionsvorsitzenden der Opposition anscheinend kein Verlass ist. Übrigens: Auch nach über einer Woche haben es weder der Fraktionsvorsitzende der CDU noch die Fraktionsvorsitzenden der Grünen es für notwendig erachtet, die Linksfraktion in Gesprächen oder schriftlich über die Gründe zu informieren, die dazu führten, dass unsere Kandidatin von ihren Fraktionen nicht mitgetragen wurde.

Erholungsgebiet Müggelturm

In meinen Funktionen als Parlamentarischer Geschäftsführer und wirtschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus plädierte ich im „Rathausjournal Treptow-Köpenick“ für die Aufwertung des Erholungsgebietes Müggelturm, indem ich mich einer Fragerunde diesbezüglich stellte. Hier das Gespräch:

Frage: *Welche Entwicklung sehen Sie in Erinnerung an die gescheiterten Versuche, in den Müggelbergen zu investieren, jetzt als sinnvoll an? Was würden Sie im eigenen, Köpenicker und / oder Berliner Interesse als wünschenswerte Variante erwarten?*

Antwort: Das Müggelturmareal soll als touristischer Anziehungspunkt im Bezirk erhalten und weiter entwickelt werden. Dabei sollten Aspekte der Naherholung für die Berlinerinnen und Berliner im Vordergrund stehen. Verkauf bzw. Verpachtung sind möglich. Entsprechende vertragliche Regelungen sollten die Kostenübernahme des Investors bzw. Pächters für alle Leistungen wie Sicherungs-, Abrissarbeiten usw. sichern. Aus den bisherigen Erfahrungen ist das vermutlich nicht realisierbar, ohne dass das Land Berlin über Fördergelder oder ähnliche Maß-nahmen zukünftige Investoren unterstützt. Das Müggelturmareal könnte so wieder zu einer Berliner Attraktion für Naherholung und Freizeit werden.

Frage: *Welche (denkmalsrechtlichen, finanziellen, naturschutzrechtlichen, Flächennutzungsplan- o. a.) Zugeständnisse sind aus Ihrer Sicht zu erwägen, um einem interessierten Investor den Start zu erleichtern? Worauf sollte das Land Berlin verzichten können?*

Antwort: Naturschutzrechtliche Zugeständnisse schließe ich aus. Die Forderungen in Bezug auf den Denkmalschutz müssen vermutlich deutlich reduziert werden. Ein weiter verfallendes Denkmal ist kein Denkmal und auch nicht als touristischer Anziehungspunkt zu bewerben. Das Land Berlin sollte darüber nachdenken, ob „überzogene“ Grundstückspreise nicht letztendlich ein „Investorenschreck“ sind.

"Der Mensch ist vorzüglich dann unzufrieden, wenn er seinen Beruf nicht ausfüllt." - *J. G. Fichte*

DIE LINKE. PDS

Einer geringeren Einnahme durch Verkauf oder Verpachtung könnte durch ein attraktives und von den Bürgerinnen und Bürgern angenommenes Freizeit- und Naherholungsareal für den Bezirk und die Stadt ein Plus bei Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen gegenüber stehen.

Frage: *Welche Nutzungserweiterungen sehen Sie als die nächstliegenden zur Aufwertung des Areals (Sommerrodel- o. Seilbahn, Reanimation umliegender Wirtshäuser o. a.), obwohl sie alle schon einmal gescheitert sind? Welche sind aus Berliner Sicht gut?*

Antwort: Eine Sommerrodelbahn kann mit dazu beitragen, das Areal aufzuwerten. Die bisherige Erfahrung zeigt, dass Ausflugslokale offensichtlich nicht rentabel sind bzw. nicht angenommen werden. Das kann aber auch mit der derzeitigen Situation rund um den Müggelturm zusammenhängen. Eine veränderte Situation kann hier neue Voraussetzungen schaffen.

Frage: *Können Renaturierung und völliger Verzicht auf touristische Entwicklung aus Ihrer Sicht Alternativen sein? Wie stehen Sie zu den Vorschlägen des Fördervereins? (Der Förderverein steht zum Angebot zur Übernahme und Entwicklung des Müggelturms.)*

Antwort: Nein, Renaturierung schließe ich zunächst aus. Die Vorschläge des Fördervereins sind überlegenswert. Der Förderverein hat offenbar entsprechende Kontakte mit Investoren, welche im Auftrag des Fördervereins tätig werden würden. Entsprechende Konzepte und die Finanzierung müssten allerdings – auch aus bisherigen einschlägigen Erfahrungen - auf den Prüfstand.

Frage: *Halten Sie eine Entwicklung analog dem Grunewaldturm für möglich und zu wünschen, oder wäre aus Berliner Sicht eine gänzlich andere Ausrichtung anzustreben? Sind zwischen beiden touristische Kooperationen denk- und förderbar?*

Antwort: Kooperationen sind immer denk- und förderbar.

Zusammengefasst: Der Müggelturm soll sich wieder als attraktives Ausflugsziel entwickeln. Dazu gehören auch gastronomische Einrichtungen. Das Areal könnte sich als ein Wirtschaftsfaktor entwickeln und wieder Wahrzeichen für den Bezirk werden. Bisher sind sämtliche Konzepte an der Finanzierung gescheitert. Hier müssen zukünftige Konzepte vorrangig ansetzen.

Humboldt-Forum oder Schloss?

Oder: Wie soll der zentrale Ort in Berlins gestaltet werden?

Die doch etwas überraschend gekommene Einigung zwischen Berlins Regierendem Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) und dem Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee (SPD) über den Bau des Humboldt-Forums auf dem Schlossplatz rief innerhalb unserer Partei eine Debatte auf den Plan, die für viele mit der Angst verbunden ist, Berlin finanziere nun doch das Schloss bzw. die Schlossfassade aus Mitteln der öffentlichen Hand mit. Zur Ausgangssituation: Die Mehrheit im Deutschen Bundestag, die auch den Abriss des Palastes beschlossen hat, hat sich für die Wiedererrichtung des Schlosses ausgesprochen. Die Auseinandersetzungen gehen um die Frage Schloss oder Humboldt-Forum. Das Humboldt-Forum steht nicht nur für mich für einen Ort, an dem kuturelles und vor allem öffentliches Leben stattfinden soll.

Der Landesvorsitzende der Linkspartei.PDS Berlin, Dr. Klaus Lederer, und die Vorsitzende der Linksfraktion, Carola Bluhm, erteilten diesen Befürchtungen jedoch eine klare Absage. So werde die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus ihre Zusage für die finanzielle Unterstützung an Konzepte knüpfen, durch die die öffentliche Nutzung der Räumlichkeiten des Humboldt-Forums vorgesehen wird. Die öffentliche Hand darf jedoch auf keinen Fall Steuergelder für die Rekonstruktion der Schlossfassade ausgeben. Es ist nun also an der Zeit, die „Diskussion über das Gesamtnutzungskonzept“ zu führen, erklärte Lederer. Der Architektenwettbewerb soll auch für „alternative Lösungen jenseits der Wiedererrichtung der Schlossfassade“ geöffnet werden. Carola Bluhm fügte hinzu: „Das Haus muss ein Ort für die Berlinerinnen und Berliner und für ihre Gäste aus aller Welt werden. Wir meinen, eine moderne metropolitane Bibliothek könnte diesen Erwartungen an eine öffentliche Nutzung in besonderer Weise Rechnung tragen.“ Dr. Thomas Flierl, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der Linksfraktion, hierzu in der Abgeordnetenhausdebatte am 26.04.2007: „Ich sage (…) deutlich, dass die Linkspartei ihre parlamentarische Bereitschaft zur Mitfinanzierung vom Konzept abhängig machen wird. Ich begrüße sehr (…), dass dieses Haus darüber entscheiden soll, welche Konzeption insgesamt von Berlin unterstützt wird. Meine Fraktion wird sich in den nächsten Wochen intensiv mit den Nutzungskonzepten der verschiedenen Institutionen befassen und die entsprechenden Vertretungen einladen. Wir werden sehr genau die verschiedenen Konzepte studieren.“

Rot-Rot für gesetzliche Mindestlöhne

Das Thema „Gesetzliche Mindestlöhne“ ist innerhalb der Großen Koalition im Bund ein hitziges Streitthema. Während die CDU/CSU-Fraktion strikt gegen die Einführung von Lohnuntergrenzen ist, spricht sich die SPD-Fraktion zwar dafür aus, lässt jedoch aus Koalitionsdruck konkrete Taten vermissen.

So initiierte die SPD einerseits eine bundesweite Unterschriftensammlung für Mindestlöhne, andererseits lehnte jedoch die SPD-Fraktion im Bundestag bei einem entsprechenden Antrag der Linksfraktionen die Sofortabstimmung ab und überwies diesen in die Ausschüsse. Ironischerweise hatte die Linksfraktion im Bundestag den Wortlaut des Antrages fast deckungsgleich aus einem SPD-Kampagnen-Aufruf für Mindestlöhne übernommen. Durch die Überweisung des Antrages in die Ausschüsse hat sich die SPD eigentlich gegen ihre eigene Mindestlohn-Kampagne gestellt. Zumindest konnte und wollte die SPD-Fraktion ofenkundig ihrer eigenen Kampagne nicht zustimmen. Dies geschah wohl auch vor dem Hintergrund, dass die SPD derzeit bemüht ist, das eher dürftige Klima innerhalb der Koalition nicht noch weiter zu verschlechtern. Darüber hinaus vermuten viele, auch Gewerkschaftsmitglieder, dass hier die SPD auf Kosten der abhängig Beschäftigten ein Wahlkampfthema für die nächsten Bundestagswahlen aufbauen will.

Die Berliner Regierungskoalition aus SPD und Linkspartei.PDS steht dabei voll hinter den Bestrebungen um die Einführung eines Mindestlohns. So hat die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus den Berliner Senat dazu aufgefordert, noch vor der Sommerpause eine Bundesratsinitiative für die Durchsetzung von Mindestlöhnen zu starten. Während die Aufforderung in der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus bereits beschlossene Sache ist, hat die SPD-Fraktion zwar noch keinen Beschluss dazu gefasst, das Thema sei aber unstrittig. Damit kommt Rot-Rot schließlich auch einer entsprechenden Vereinbarung im Koalitionsvertrag nach und es wird ein entsprechender Antrag für das Abgeordnetenhaus vorbereitet. Unterdessen signalisierte der Berliner Senat in Person von Wirtschaftssenator Harald Wolf (Linkspartei.PDS) auf Nachfrage in der letzten Plenarsitzung seine Zustimmung für eine Bundesratsinitiative Berlins.

Mit den Vorsitzenden der DGB-Bezirksverbände Ost konnten sich die Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei in den ostdeutschen Ländern darüber hinaus auf einem Treffen im April für eine gemeinsame Kampagne zum gesetzlichen Mindestlohn einigen. So will man in allen Bundesländern weiterhin Druck auf die Politik erzeugen, da es nicht hinnehmbar sei, dass in Deutschland immer mehr Menschen trotz Vollzeitjobs auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Außerdem wurde gemeinsam festgestellt, dass es zudem an den Realitäten vorbei geht, wenn z. B. von der CDU und der FDP behauptet wird, dass ein Mindestlohn zum Abbau der Beschäftigung führe. Andere Länder zeigen, dass eine Einkommensuntergrenze sogar Arbeitsplätze schafft, da dadurch schließlich auch die Kaufkraft und somit die Binnennachfrage erhöht werden.

Uwe Doering persönlich - Sprechstunden

In diesem Monat biete ich wieder eine Sprechstunde an. Achtung: Da der Ort noch nicht feststeht, bitte ich sie mich bei Interesse kurz anzurufen (0177 780 58 26).

Am 31. Mai 2007 von 17 bis 19 Uhr.